

Zwischen Judenburg und Friesach (Neumarkter Sattel) ist die S36/37 noch nicht ausgebaut. Die bestehenden Ausbaupläne stoßen auf Widerstand: Damit wird der Lückenschluss zu einer neuen Transitroute vollzogen. 16 Bürgerinitiativen von Judenburg bis Klagenfurt haben sich gegründet. Sie legen hier ihre Gründe dar, warum sie gegen dieses Straßenbauprojekt aktiv geworden sind.

## GASTKOMMENTAR

## Bürgerinitiativen gegen den Ausbau der B317 zur S36/S37

Die 16 Bürgerinitiativen sprechen sich nicht gegen einen vernünftigen Ausbau der B317 aus, jedoch vertreten sie die Meinung, dass die Schaffung einer neuen Transitschneise weder umweltschonend noch wirtschaftlich vertretbar ist. Alleine die prognostizierten Nettobaukosten der S36 stiegen seit Projektbeginn von 210 Mio. Euro (2003) auf 497 Mio. Euro (2009) an. Daraus kann man ableiten, dass die Kosten-/Nutzenanalyse, welche zum Zeitpunkt des Projektstartes noch schlüssig war, bereits vor Baubeginn nicht mehr stimmen kann.

Sollte es anders sein, könnte die ASFINAG dem Bund eine Dividende zahlen und hätte nicht mehr als 10 Milliarden EURO Schulden. Fakt ist, die Bauwerber werden nicht in der Lage sein, mit den Erlösen aus Maut und Vignette die ausstehenden Rückzahlungen, Personal- und Betriebskosten zu finanzieren. Dies lässt den Schluss zu, dass sich bei einer 50-jährigen Laufzeit dieser Kredite noch mehrere Generationen mit den Rückzahlungen befassen müssen.

Dazu muss auch noch die vom Bauwerber und den Befürwortern verwendete wirtschaftliche Begründung für einen Ausbau, kritisch hinterfragt werden. Die Behördensachverständigen mussten im Zuge des Umweltverträglichkeits-Prüfungsverfahrens folgendes einräumen.

Zitat: Wirtschaftsraum, Regionalentwicklung (Auszug UVP-S36TA1) „Ob sich die fachlichen Einschätzungen mit den tatsächlichen Auswirkungen bei Umsetzung der S 36 decken, kann erst anhand langfristiger Beobachtungen der Wirtschaftsentwicklung nach Realisierung der S 36 beurteilt werden. Hinsichtlich der positiven Auswirkungen der Bauphase erfolgte nur eine qualitative Feststellung, Daten für eine Quantifizierung der positiven Wirtschaftsleistung in der Bauphase liegen nicht vor.“

Der vertretenen These der Schaffung von Arbeitsplätzen für die Region, sollte die nebenstehende Grafik gegenübergestellt werden. Hier geht hervor, dass eine Anbindung an das hochrangige

Straßennetz nicht gleichbedeutend mit der Schaffung von Arbeitsplätzen gesehen werden kann.



Die B17 wurde im Oktober vergangenen Jahres von den Bürgerinitiativen für eine Stunde gesperrt. LAbg. Renate Pachter (re.) unterstützte diese Aktion der Bürgerinitiativen.

Zum Thema Verkehr und Verkehrssicherheit ein Zitat aus der Umweltverträglichkeitsprüfung (Auszug UVP-S36TA1):

„Unfallrate und Unfallschwere liegen auf dem betrachteten Straßenabschnitt demnach deutlich unter den steirischen oder gesamtösterreichischen Werten.“ Aufgrund dieser Aussagen relativieren sich Baubegründung, wie auch die Behauptungen einiger Schnellstraßenbefürworter, der Ausbau sei aus Gründen der Verkehrssicherheit unbedingt nötig.

Diese Straße ist nicht nur wirtschaftlich fragwürdig, sie steht auch im Gegensatz zum Protokoll Verkehr der Alpenkonvention. Die Bürgerinitiativen haben Gutachten, die besagen, dass es sich bei diesem Straßenprojekt um eine alpenquerende Straße handelt. Eine alpenquerende Straße darf aber nicht mehr gebaut werden. Eine Umsetzung dieses Projektes birgt die Gefahr in sich, dass alle mit viel Mühe und Geschick errungenen verkehrspolitischen Errungenschaften zerstört werden und dem internationalen Transit durch Österreich Tür und Tor geöffnet wird. Unsere Region darf keine Transithölle werden! Die Verbesserung der Verkehrssicherheit und des Anrainerschutzes kann und darf nicht mit dem Bau der S37 und der Fertigstellung der S36 verknüpft werden.

Hermann Stocker,  
Bürgerinitiative St. Peter ob Judenburg

MEHR UNTER:

WWW.S37NEINDANKE.ORG